

Antrag

der Abgeordneten Lorenz, Baron von Wrangel, Jäger (Wangen), Böhm (Melsungen), Graf Huyn, Schulze (Berlin), Lintner, Sauer (Salzgitter), Straßmeir, Frau Roitzsch, Schmöle, Dr. Hennig, Gerster (Mainz), Dr. Kunz (Weiden), Amrehn, Kroll-Schlüter, Dr. Marx und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

Wahlen in der DDR

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die für den 14. Juni dieses Jahres geplanten sog. Wahlen in der DDR, insbesondere die sog. Volkskammerwahlen auf der Grundlage der geltenden Vorschriften des DDR-Wahlrechts klar gegen den Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte sowie gegen Inhalt und Geist der KSZE-Schlußakte von Helsinki verstoßen.
2. Der Deutsche Bundestag drückt erneut seine Entschlossenheit aus, für die Menschenrechte aller Deutschen und für die Ermöglichung ihrer vollen Ausübung einzutreten. Zu diesen Menschenrechten gehört als eines der wichtigsten das Recht, bei echten, wiederkehrenden, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen zu wählen und gewählt zu werden, bei denen die freie Äußerung des Wählerwillens gewährleistet ist.
3. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die vorbehaltlose Anwendung des DDR-Wahlrechts auf den Ostsektor von Berlin eine einseitige Veränderung der in diesem Gebiet entwickelten Lage und damit ein eindeutiger Verstoß gegen das Viermächteabkommen über Berlin vom 3. September 1971 ist.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine Dokumentation über Vorbereitung und Durchführung der sog. Wahlen in der DDR zu erstellen und sie zusammen mit einer Darstellung vorausgegangener Wahlen dieser Art in der DDR den zuständigen Stellen der Vereinten Nationen und den Regierungen der Mitgliedstaaten der Internationalen Pakte der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte zu übermitteln.

5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die deutsche Öffentlichkeit und die Vertragspartner in einer breiten Informations-Aktion über den wahren Charakter der am 14. Juni bevorstehenden sog. Wahlen in der DDR zu unterrichten.

Bonn, den 19. Mai 1981

Lorenz
Baron von Wrangel
Jäger (Wangen)
Böhm (Melsungen)
Graf Huyn
Schulze (Berlin)
Lintner
Sauer (Salzgitter)
Straßmeir
Frau Roitzsch
Schmöle
Dr. Hennig
Gerster (Mainz)
Dr. Kunz (Weiden)
Amrehn
Kroll-Schlüter
Dr. Marx
Hanz (Dahlen)
Dr. Mertes (Gerolstein)
Schwarz
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion